



## Ich bin Friedensdienerin

### Österreich braucht einen zivilen Friedensdienst

Dass Österreich sich friedenspolitisch aktiv einbringt, steht seit Bruno Kreisky in einer langen Tradition. Ein gesetzlich verankerter ziviler Friedensdienst wäre eine wichtige Weiterentwicklung unserer Außenpolitik. Daher unterstütze ich die Forderung, einen zivilen Friedensdienst (ZFD) in Österreich einzurichten.

### Kampagne

Aktuell betreiben einige zivilgesellschaftliche Organisationen, allen voran der Versöhnungsbund, eine Kampagne mit dem Ziel das Etablieren eines zivilen Friedensdienstes im Koalitionsabkommen zu verankern. Es gibt bereits in mehreren europäischen Ländern die gute Möglichkeit, ExpertInnen für zivile Friedenseinsätze in Konfliktregionen zu entsenden. In Österreich klafft diesbezüglich eine Lücke. Daher appelliere ich an die zukünftige Regierung aktiv zu werden und das Instrument des zivilen Friedensdienstes einzurichten. Österreich hat Verantwortung in unserer Welt zu tragen.



### Friedensförderung

Der zivile Friedensdienst ist ein Instrument für Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensförderung in Krisen- und Konfliktgebieten weltweit. Zivile Friedensfachkräfte sind für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten ausgebildet und vorbereitet. Sie haben entsprechende Lebens- und Berufserfahrung, Ausbildung und Qualifikation. ZFD arbeiten mit lokalen, zivilgesellschaftlichen Organisationen für Dialog,

Menschenrechte, Frieden und Versöhnung langfristig zusammen.

Kriege und gewaltsame Konflikte sind mit militärischen Mitteln oft nicht zu beenden. Der ZFD baut auf vielfältige Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung, um Gewalt zu verhindern, Menschen vor Gewalt zu schützen und Frieden herbei zu führen.

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte an mich: 01/534 27 310 oder [petra.bayr@spw.at](mailto:petra.bayr@spw.at)

# NationalrätInnen gegen Konzernmacht

## Umfrage der Plattform anders handeln vor den Nationalratswahlen

Vor der Nationalratswahl 2019 hat die Plattform Anders Handeln die KandidatInnen der jeweils ersten Listenplätze aller Parteien befragt, wie sie zu Konzernmacht stehen. Konkret hatten alle die Möglichkeit, sich zu verpflichten, den Sonderklagerechten von Konzernen ein Ende zu setzen; sich für einen UN-Vertrag zu Wirtschaft und Menschenrechten stark zu machen und für ein Aus des EU-Mercosur Abkommens zu stimmen.

Es haben 173 KandidatInnen teilgenommen. Von diesen wurden am 23. Oktober 32 als Abgeordnete zum Nationalrat angelobt.

### Erstunterstützerin

Ich habe mich als erste an der Umfrage beteiligt und der Plattform Anders Handeln meine volle Unterstützung für die oben genannten Forderungen zugesagt. Ich bin froh in der Plattform starke Verbündete zu finden.

### Plattform Anders Handeln

Die Plattform Anders Handeln ist ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem landwirtschaftlichen, kulturellen, gewerkschaftlichen, kirchlichen, feministischen, umwelt-, entwicklungs- und handelspolitischen Bereich.

### Alternativen aufzeigen

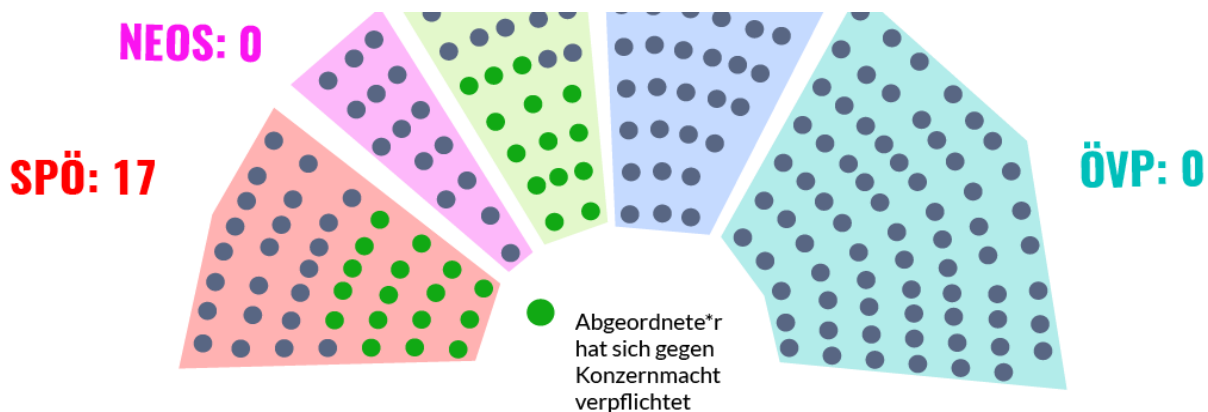
Bisher lag der Fokus der gemeinsamen Arbeit auf dem Stopp der Handelsabkommen TTIP und CETA. Diese Abkommen würden eine Menge Nachteile für das Leben der Menschen in Europa, den USA und Kanada bringen und sie würden massiv das Erreichen der Klimaziele von Paris erschweren. Dank des breiten Protests vieler Menschen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft der betroffenen Länder konnte die Plattform bisher wichtige Erfolge verbuchen: TTIP liegt derzeit auf

Eis und CETA muss in den nationalen Parlamenten ratifiziert werden, bevor es vollständig zur Anwendung kommen kann!

Die Plattform will aber noch mehr. Sie will eine gänzlich neue Handels- und Investitionspolitik, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt und nicht den Profit einiger weniger. Deshalb stellt die Plattform Alternativen in den Vordergrund.

Die Mitglieder der Plattform Anders Handeln informieren über aktuelle Entwicklungen in der Handels- und Investitionspolitik, mischen sich lautstark ein und organisieren Widerstand. Gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen aus aller Welt bildet die Plattform eine internationale Bewegung für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung.

Weitere Infos unter [www.anders-handeln.at](http://www.anders-handeln.at)





# EU muss alle Menschenrechte schützen

## Menschenrechtsverletzungen entlang der Wertschöpfungskette verhindern

Viele Produkte des alltäglichen Lebens werden in ausbeuterischer Arbeit hergestellt. Ausbeuterische Kinderarbeit in der Kakaoproduktion, lebensgefährliche Bedingungen in der Herstellung von Textilien und prekäre Bedingungen beim Gewinnen von Rohstoffen für IT-Geräte sind bekannt. Viele Konzerne nehmen sehenden Auges Verletzungen von Menschenrechten entlang der Wertschöpfungsketten hin. Dabei machen sie oft enorme Profite. So darf das nicht weiter gehen.

### EU zurückhaltend

In der Woche von 14. bis 18. Oktober fanden bei den UN in Genf Verhandlungen für ein verbindliches Abkommen zu Menschenrechten und Wirtschaft statt. Der so genannte Treaty Prozess ist eine Chance für mehr Gerechtigkeit auf der Welt. Ziel des Abkommens muss es sein, Menschenrechtsverletzungen in unserer globalisierten Wirtschaft zu verhindern. Die UN-Verhandlungen über ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten in Genf haben zum Ziel, dass Menschenrechtsverstöße von Konzernen entlang der Wertschöpfungskette verhindert bzw. sanktioniert werden. Dabei geht es u.a. um Vertreibungen von



KleinbäuerInnen und Indigenen, Verfolgung von GewerkschafterInnen und AktivistInnen, Untergraben von ArbeitnehmerInnenrechten und massive Umweltschäden im Ausland, an denen immer wieder transnationale Konzerne aus Europa und anderswo beteiligt sind. Meist bleiben die Konzerne straffrei – diese Lücke will der UN-Treaty schließen

### Rechtlich verbindlich

Dafür braucht es einen rechtlich verbindlichen Rahmen, der bei Verstößen Sanktionen vorsieht und durchsetzen kann, werde ich nicht müde zu fordern. Von der EU fordere ich mehr Engagement ein. Denn bisher hat die sie bei den Verhandlungen keine aktive Rolle im Sinne des Menschenrechtsschutzes gespielt. Will die

**Verbindliche Regeln für Konzerne weltweit!**

EU als entschlossene Hüterin der Menschenrechte glaubwürdig sein, muss sie ihren Kurs rasch ändern und sich für ein verbindliches Abkommen einsetzen.

### Nationale Konsultation

Gemeinsam mit der Volksanwaltschaft habe ich im Herbst, noch vor der Verhandlungsrunde in Genf, zu einer nationalen Konsultation des Vertragsentwurfes eingeladen. Trotz unterschiedlicher Meinungen zwischen NGOs und zuständigen Ministerien sind wir alle uns in der einen Frage einig: Um das Thema Menschenrechte und Wirtschaft kommt kein Staat mehr herum, sondern muss sich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen: Wie kann es gelingen, Menschenrechtsverletzungen entlang der globalen Wertschöpfungsketten zu vermeiden?

# Der Zugang zu indischen Generika sichert Überleben

## 1. Dezember als Zeichen gegen Diskriminierung von Menschen mit HIV/AIDS

„Nur mit Hilfe von Generika ist ein weltweiter Kampf gegen HIV und andere Pandemien möglich“ betonte ich anlässlich des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember.

Kritik übe ich seit eh und je an jenen Pharma-Lobbys, die im Rahmen des Handelsabkommen zwischen der EU und Indien Druck zur Änderung der Patentgesetze ausüben, um damit die indische Generikaproduktion zu beschränken. Profite sind der leistbaren Behandlung von Millionen HIV-positiven Menschen hintanzustellen. Ich bin überzeugt, dass das auch für Pharma-Konzerne gelten muss.

Indien produziert über 90 Prozent der Generika, mit denen HIV-positive Menschen in armen Ländern behandelt werden - so gut wie alle von ihnen hätten ohne leistbare Generika keinen Zugang zu moderner medizinischer

Behandlung. Ich habe daher einen Entschließungsantrag eingebracht, welcher die zukünftige Regierung auffordert, sich für eine EU-Handelspolitik einzusetzen, welche die Produktion von Generika in Indien weiter zulässt.



### Diskriminierung stoppen

Der 1. Dezember ist ein Zeichen gegen jede Art der Diskriminierung von Menschen mit HIV/AIDS. Menschen, die mit HIV/AIDS leben, sind im Alltag nach wie vor ausgegrenzt, leiden unter Vorurteilen oder schweigen aus Scham. Schutz bietet unter anderem eine entsprechende menschenrechtsbasierte Gesetzesgrundlage.

Es ist essenziell, dass weltweit Gesetze, die Menschen betreffen, die mit AIDS oder HIV leben, vor allem auf die Menschenrechte der betroffenen Gruppen fokussieren und die Diskriminierung und Stigmatisierung beenden. Laut UNAIDS lebten im Jahr 2018 etwa 37,9 Millionen Menschen mit HIV. Nur 23,3 Millionen Menschen haben Zugang zu anti-retroviraler Therapie.

## Danke für deine Unterstützung im Wahlkampf

